

Unsichtbare Miese

Wie die US-Bank Goldman Sachs der griechischen Regierung bei ihrer Schuldenkosmetik half

In der Rue Alphonse Weicker in Luxemburg sind Griechen nicht gern gesehen. Dort sitzt Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union. Die Zahlenwächter sind höchst verärgert über Athen, und die Probleme liegen meist „jenseits der statistischen Sphäre“, heißt es in Untersuchungsberichten. Wichtige Daten „sind nicht überprüfbar“, oder man hat sie angefordert, aber „nicht erhalten“.

Im Club der hellenischen Chaos-Buchhalter genießt der virtuose Umgang mit den Staatsschulden Priorität. Denn unter Androhung saftiger Bußgelder schreiben die Maastrichter Regeln seit 1999 vor, dass das Haushaltsdefizit eines Euro-Landes drei Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen darf. Die Staatsverschuldung soll maximal 60 Prozent betragen.

Die Hürde der Gesamtverschuldung schafften die Griechen noch nie, die Defizitregel meist nur dank plumper Bilanzkosmetik. Einmal fehlten gigantisch hohe Militärausgaben, ein andermal Milliarden schulden der Krankenhäuser. Beim Nachrechnen kamen die Experten von Eurostat immer zum gleichen Resultat: In Wahrheit lag das Defizit fast jedes Jahr weit über der Drei-Prozent-Grenze. 2009 explodierte es dann gar auf über 12 Prozent.

Doch die griechischen Zahlenmauschler scheinen noch deutlich dreister getrickst zu haben als bislang bekannt. „Vor allem um das Jahr 2002 boten verschiedene Investmentbanken komplexe Finanzprodukte an, mit denen die Staaten einen Teil ihrer Verbindlichkeiten in die Zukunft verschieben konnten“, erinnert sich ein Insider. Die Mittelmeerländer hätten eifrig zugegriffen.

Tatsächlich einigten sich Griechenlands Schuldenverwalter und die ausgebufften Banker der US-Investmentbank Goldman Sachs Anfang 2002 auf ein gewaltiges Geschäft. Mit sogenannten Cross-Currency-Swaps sollten in Dollar und Yen aufgenommene Staatsschulden von rund zehn Milliarden für eine gewisse Laufzeit in Euro getauscht werden – und dann wieder zurück.

Solche Transaktionen gelten im Staatsfinanzierungsgeschäft als Routine. Schließlich finanzieren sich europäische Regierungen bei Investoren auf der ganzen Welt mit Anleihen in Yen,

Dollar oder Schweizer Franken. Für die Bezahlung der täglichen Rechnungen brauchen sie aber Euro. Jahre später erfolgt die Rückzahlung der Anleihen wieder in der ursprünglichen Fremdwährung.

Im Fall Griechenland bastelten die US-Banker allerdings einen ganz speziellen Swap mit fiktiven Wechselkursen. Griechenland erhielt dadurch nicht den aktuellen Euro-Gegenwert von zehn Milliarden Dollar oder Yen, sondern dank des viel günstigeren Wechselkurses eine deutlich höhere Summe. Goldman Sachs verschaffte den Griechen so heimlich einen zusätzlichen Kredit von schätzungsweise bis zu einer Milliarde Dollar.

In der Athener Schuldenstatistik erschien der als Swap getarnte Zusatzkredit freilich nicht. Die Melderegeln von Eurostat erfassen Transaktionen mit Finanzderivaten nur unzureichend. „Mit Swaps lassen sich die Maastricht-Regeln völlig legal umgehen“, sagt ein deutscher Derivatehändler.

Mit einem ähnlichen Trick und der Hilfe einer anderen US-Bank hätten auch die Italiener Jahre zuvor ihre Schuldenbilanz geschönt.

Das griechische Defizit lag 2002 bei 1,4 Prozent. Nach Überprüfung von Eurostat im September 2004 musste der Wert auf 3,7 Prozent korrigiert werden. Heute liegt er gar bei 5,2 Prozent.

Irgendwann muss Griechenland auch für die Swap-Geschäfte die Zeche zahlen, was sich im Defizit niederschlagen dürfte. Die Laufzeiten liegen schätzungsweise zwischen 10 und 15 Jahren. Goldman Sachs kassierte eine Millionenprovision und verkaufte die Swap-Papiere 2005 an eine griechische Bank weiter.

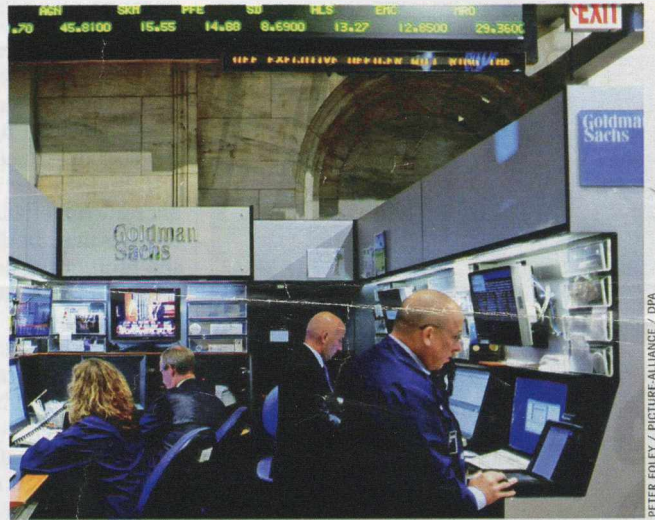
Die Amerikaner wollen zu dem umstrittenen Geschäft „keine Stellungnahme“ abgeben. Das griechische Finanzministerium reagierte auf eine schriftliche Anfrage nicht.

Nachbarn zu verschaffen. Deutsche Waren würden im Vergleich zur Konkurrenz aus anderen Ländern immer attraktiver.

Vorsorglich haben die Beamten im Berliner Finanzministerium schon einmal Argumente gesammelt, die ihr Chef Wolfgang Schäuble zur Verteidigung vorbringen kann. Die Krisenländer seien selbst schuld an ihrer Lage, so die deutsche Haltung. Jahrelang hätten sie über ihre Verhältnisse gelebt, ihren Boom auf Pump finanziert. Jetzt offenbare die Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Schwächen.

Auch Deutschland habe zu Beginn der Währungsunion mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, weil es im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern nicht konkurrenzfähig gewesen sei. Unter Mühen und Anstrengungen habe es zu seiner Stärke zurückgefunden: durch Reformen.

Die Beamten verweisen darauf, dass die Bundesrepublik im Rahmen der Hartz-Gesetze ihren Arbeitsmarkt flexibilisiert habe und auch die Staatsfinanzen trotz



Goldman-Sachs-Händler an New Yorker Börse: Regeln umgangen

Krise in stabilerer Verfassung seien als noch vor Jahren. Das sei der Weg, der auch den jetzigen Sorgenländern den Weg aus der Krise weise. Für die zurückhaltende Lohnentwicklung dagegen sei nicht die Bundesregierung verantwortlich. In Deutschland würden Löhne und Gehälter von Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelt, nicht vom Staat vorgegeben.

Auch die hohen Exportüberschüsse könnten nicht der Bundesregierung zum Vorwurf gemacht werden. Deutsche Unternehmen seien nicht aufgrund staatlicher Politik konkurrenzfähig, sondern wegen unternehmerischer Entscheidungen und Vorlieben von Verbrauchern weltweit.

Als der Streit kürzlich schon einmal in der Euro-Gruppe aufflammte, bekam Schäuble Zuspruch von höchster Stelle. Die Südländer sollten nicht undankbar sein, mahnte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet. Schließlich finanzierten die Deutschen mit ihren Überschüssen die De-